



Kultusministerkonferenz „Europa im Unterricht“ vom 8. Juni 1978 (in der Fassung vom 7.12.1990), in dem erstmals die Elemente und Leitlinien dargelegt wurden. Die Europaminister und -senatoren begrüßen die dort getroffenen Empfehlungen. Sie unterstreichen die Notwendigkeit der kontinuierlichen Umsetzung und Weiterentwicklung dieser Empfehlungen als eine gemeinsame Aufgabe von Schulen, Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der allgemeinen politischen Bildung und der zuständigen Institutionen in den Ländern.

5. Die Europaminister und -senatoren appellieren an die zuständigen Einrichtungen ihrer Länder, ihre Tätigkeiten im Bereich der Bildung und Ausbildung sowie der Öffentlichkeitsarbeit zu europäischen Themen weiter zu vertiefen.
6. Die Europaminister und –senatoren sprechen sich dafür aus, dass die Europäische Kommission im Rahmen ihrer angekündigten „Neuen Kommunikationsstrategie“ zukünftig enger mit den Ländern zusammenarbeitet, und dabei auch neue Formen der direkten Zusammenarbeit entwickelt werden. Dies betrifft insbesondere auch die Fortsetzung der Unterstützung für die dezentralen EU-Informationsstellen in den Ländern.
7. Die Europaminister- und –senatoren begrüßen die Bereitschaft der Europäischen Kommission, sich auch an der Europawoche 2001 wie in den vergangenen Jahren als Partner der Länder zu beteiligen. Die Europaminister und –senatoren bekräftigen ihre bereits im Beschluss vom 25.06.1998 vertretene Auffassung, dass die Fördermittel der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments für die Europawoche nach Möglichkeit den Ländern direkt zur Verfügung gestellt werden sollen, damit auch kleinere Veranstaltungen gefördert und die Kosten zusammengefasst und mit geringerem Verwaltungsaufwand abgerechnet werden können. Die Länder können daher dem von der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegten Vereinbarungsentwurf in der derzeitigen Form nicht zustimmen, weil er den Anliegen der Länder nicht entspricht.
8. Die Berichterstatter werden gebeten, in Abstimmung mit dem Bund und der Europäischen Kommission Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit zu sondieren und zu gegebener Zeit den Europaministern und -senatoren über die Ergebnisse zu berichten. Dieser Bericht sollte auch die Ergebnisse des von Baden-Württemberg geplanten weiteren Dialogs mit Trägern der politischen Bildung zur Vermittlung europäischer Themen berücksichtigen.